



Kurs halten in schwieriger Zeit



MARTIN ZEIL

SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT VERTEIDIGEN UND FORTENTWICKELN

Politik und Wirtschaft stehen vor gewaltigen Aufgaben. Die Weltfinanzkrise und die Gefahr einer globalen Wirtschaftskrise drohen zu einer Vertrauenskrise auch der Sozialen Marktwirtschaft zu werden. Der Ruf nach dem Staat wird jedenfalls lauter. Wir müssen immer wieder klar stellen: Ursache der aktuellen Probleme bis hin zur Schiefelage der BayernLB ist nicht ein Versagen der Sozialen Marktwirtschaft als Ordnungsmodell. Ursachen der aktuellen Krise sind mangelndes Risikobewußtsein, Maßlosigkeit und auch Defizite bei der internationalen Aufsicht und Transparenz der Finanzmärkte.

Die Finanzkrise hat gezeigt: Die Finanzmärkte brauchen bessere Spielregeln, um wirklich zu funktionieren. Und es braucht internationale Institutionen, welche über die Einhaltung dieser Regeln wachen. Ich begrüße die Pläne der G 20 und der Bundesregierung, für eine intelligenter internationale und nationale Finanzarchitektur und eine bessere Beaufsichtigung der Finanzwirtschaft zu sorgen. Es ist ebenso unausweichlich, dass Regierungen

und Zentralbanken weltweit mit milliarden-schweren Rettungspaketen die Finanzmärkte stabilisieren. Bei systemischen Krisen dieses Ausmaßes muss der Staat handeln.

Ich warne aber davor, bei „Vater Staat“ die Lösung aller Probleme zu suchen. Wir brauchen den Staat vor allem nicht als Unternehmer. Wir müssen ordnungspolitisch Kurs halten. Die Generallinie bayerischer Wirtschaftspolitik wird deshalb auch in Zukunft lauten: Unternehmerische Freiheit und Verantwortung stärken, für einen fairen mittelstandsfreundlichen Leistungswettbewerb sorgen und einen vernünftigen sozialen Ausgleich fördern. Die Soziale Marktwirtschaft hat als Leitbild nicht ausgespielt. Im Gegenteil: Sie ist mehr denn je ein Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell für die Zukunft.

MIT KONJUNKTURGERECHTER WACHSTUMSPOLITIK IM BUND DEN ABSCHWUNG STOPPEN

Die Finanzkrise ist noch lange nicht überwunden. Die Konjunktur befindet sich weltweit auf steiler Talfahrt. Auch die überdurchschnittlich exportorientierte bayerische Wirtschaft trifft der globale Nachfrageeinbruch empfindlich. Man darf die Lage gewiss nicht überdramatisieren. Unsere Wirtschaft ist breit diversifiziert, hochinnovativ und international wettbewerbsfähig. Einige Faktoren wie sinkende Öl- und Benzinpreise sorgen gegenwärtig sogar für Entlastung. Aber wir müssen die Risiken sehr ernst nehmen. Dem allgemeinen Abwärtstrend kann sich auch der Freistaat nicht entziehen.

Wirtschaftspolitisch geht es jetzt darum, den Abschwung zu stoppen, schnell und behertzt gegenzusteuern und neue Wachstums- und Beschäftigungsimpulse zu setzen. Es gilt, das Zukunftsvertrauen der Bürger und der Wirtschaft wieder herzustellen und die Wachstumskräfte konjunkturgerecht zu stärken. Ich begrüße es, dass die Bundesregierung dem Abschwung nicht tatenlos zusieht. Das Kon-

junkturpaket der Bundesregierung enthält richtige Ansätze, kann aber insgesamt nicht die notwendige Durchschlagskraft entfalten. Bayern fordert deshalb von der Bundesregierung, ihr Konjunkturpaket zu korrigieren und nachzubessern. Konjunkturpolitisch wie wachstums- und arbeitsmarktpolitisch ist vor allem eine allgemeine Steuerentlastung nach dem Prinzip „Mehr Netto vom Brutto“ schon 2009 und nicht erst ab 2010 erforderlich. Schwerpunkte müssen sein:

- Anhebung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer,
- Tarifentlastung,
- Wiedereinführung der Pendlerpauschale in voller Höhe.

Eine konjunkturgerechte Wachstumspolitik muss schließlich kräftig in die Infrastruktur investieren. Seit 2003 fallen die öffentlichen Investitionen geringer aus als die Abschreibungen. Der Staat lebt von der Substanz. Wir appellieren deshalb an die Bundesregierung, die zusätzlichen Mittel für das „Innovations- und Investitionsprogramm Verkehr“ nicht um 1 Mrd., sondern um 2 Mrd. Euro aufzustocken. Auch der Kompromiss zur Reform der Erbschaftsteuer bleibt leider erheblich hinter den Vereinbarungen des bayerischen Koalitionsvertrages zurück. Wir werden insbesondere das Thema „Regionalisierung von Steuersätzen und Freibeträgen“ sowie die Benachteiligung von Familienmitgliedern der Steuerklasse II nach der Bundestagswahl wieder auf die Tagesordnung setzen.

UNTERNEHMERISCHE KRÄFTE IN BAYERN STÄRKEN

Auf Landesebene werden wir unser ganzes Instrumentarium nutzen, um die konjunkturellen Einbrüche abzufangen und eine neue, auf Dauer angelegte Dynamik in der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt anzustoßen. Die Staatsregierung hat ein bayerisches Beschleunigungsprogramm für Investitionen beschlossen.

...weiter auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1...

Der Doppelhaushalt wird zügig verabschiedet, die jährlichen Investitionen in Höhe von 5 Milliarden Euro werden beschleunigt umgesetzt und wo immer möglich vorgezogen.

Im Rahmen des Bayerischen Mittelstandsschirms stocken wir für die LfA-Förderbank Bayern in den Jahren 2009 und 2010 die Landesmittel insgesamt um 200 Mio. Euro auf, um das Bürgschaftsinstrumentarium deutlich auszuweiten. Damit wollen wir einer möglichen Kreditklemme im Mittelstand entgegenwirken.

Wenn die Finanzierung für den Mittelstand infolge der Finanzkrise schwieriger wird, kommt es auch darauf an, die Regionalförderung auf hohem Niveau fortzusetzen. Es bleibt bei der 70-Prozent-Quote für Ostbayern in der Regionalförderung. Wir bauen das Regionalmanagement weiter aus. Mit dem "Fitnessprogramm Nordbayern und Ostbayern" beschleunigen wir die Innovationsdynamik im ländlichen Raum. Wir halten fest am Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land.

Wir werden Unternehmertum, Existenzgründungen, Investitionen und Innovationen im ganzen Land offensiv unterstützen. Dazu nur einige neue Akzente:

- Wir wollen sicherstellen, dass private wirtschaftliche Betätigung außerhalb der kom-

munalen Daseinsvorsorge Vorrang vor einem wirtschaftlichen Tätigwerden der öffentlichen Hand hat. Zu diesem Zweck wird ein gesetzliches Anhörungsrecht der Wirtschaft verankert und ein Klagerecht geprüft.

- Die Cluster-Initiative wird stärker auf den Mittelstand fokussiert. Wir wollen kleinen und mittelständischen Unternehmen einen schnellen und einfachen Zugang zu den Fördermitteln der EU, des Bundes und des Landes für Forschung, Entwicklung und Technologie bieten und streben bayernweit ein einheitliches Beratungsangebot an.
- Kleine Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten werden von Innovationsgutscheinen profitieren.
- Wir wollen Bayerns Stellung als Tourismusland Nummer 1 ausbauen durch eine Qualitätsoffensive, intensiveres Auslandsmarketing, Erschließung neuer Geschäftsfelder wie Gesundheitstourismus und den Abbau von Wettbewerbsverzerrungen, z.B. durch Reduzierung der Mehrwertsteuer im Hotel- und Gaststättengewerbe.

Um den Innovations- und Technologievorsprung Bayerns zu halten, investiert die Staatsregierung in den nächsten Jahren 1,5 Mrd. Euro in Bildung, Forschung und Technologie. Außerdem werden wichtige Investitionen des jährlichen Gesamtbudgets von 5 Milliarden Euro im Rahmen eines Beschleunigungspro-

gramms vorgezogen. Daran ändert auch die Kreditaufnahme nichts, die zur Stabilisierung der Landesbank notwendig geworden ist.

Mein Ziel ist es, die bislang guten Daten Bayerns bei Wachstum, Wohlstand, Arbeit und Lebensqualität zu verteidigen und auszubauen. 2009 erwartet uns sicher kein leichtes Jahr. Ich bin jedoch überzeugt: Wenn wir ordnungs- und wirtschaftspolitisch Kurs halten und unsere Unternehmen wie gewohnt an ihrer Wettbewerbsfähigkeit arbeiten, wird Bayern auch aus der aktuellen Wirtschaftsflaute gestärkt hervorgehen. Ich bin sicher: die Soziale Marktwirtschaft wird auch in Krisenzeiten ihre Überlegenheit gegenüber anderen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodellen zeigen, wenn wir sie entschlossen verteidigen und – wo nötig – im internationalen Rahmen fortentwickeln.

Ich wünsche allen Mitgliedern des Wirtschaftsbeirats Bayern und ihren Familien frohe und gesegnete Feiertage und ein glückliches Neues Jahr!

MARTIN ZEIL

Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Editorial

Von vorweihnachtlicher Stille kann in diesem Jahr gewiss nicht die Rede sein. Wir erleben im Gegenteil eine weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise, die den Horizont bisheriger Erwartungen und gewohnter Gewissheiten radikal verändert und immer neue Bereiche unserer Wirtschaft, sogar wichtige Leitindustrien wie die Automobilwirtschaft, infiziert. Wir sind Zeugen, wie die Krise traditionelle Grundsätze buchstäblich über den Haufen wirft und die Wirtschaftspolitik in eine neue Rolle zwingt. Der Staat ist zum dominierenden Nothelfer geworden, der alles daran setzen muss, Zusammenbrüche tragender Systemelemente wie der Landesbanken zu vermeiden, den rezessiven Abwärtstrend der Konjunktur zu bremsen und die Auftriebskräfte der Wirtschaft, wo und wie immer möglich, zu stärken. Es ist anzuerkennen, dass die politischen Instanzen zunächst rasch und entschlossen gehandelt haben. Freilich geraten die staatlichen Stützungsmaßnahmen zugunsten von einzelnen Branchen oder gar Einzelunternehmen zunehmend in Konflikt mit der Notwendigkeit einer Marktwirtschaft, auf den Verfall wichtiger Exportmärkte durch strukturelle Anpassungen der Kapazitäten zu reagieren. Gleichzeitig werden von der Groß-

en Koalition immer noch Entscheidungen getroffen, die den Herausforderungen der Zeit diametral widersprechen. Dazu gehört leider auch die neue Erbschaftsteuer, der zwar – vor allem auf bayerische Initiative – noch in letzter Minute die schlimmsten Giftzähne gezogen wurden, die aber immer noch vererbte Unternehmensstrukturen auf Jahre festschreiben will – ungeachtet der derzeitigen Erfahrung, wie rasch sich das weltwirtschaftliche Szenario grundlegend verändern kann. Hinzukommen neue Belastungen der Wirtschaft bei Maut und Umweltnormen, vor allem aber die fehlenden Entlastungsperspektiven einer längst überfälligen Steuerreform.

All dies waren übrigens auch Themen unserer Generalversammlung, die von den Ausläufern der Krise zumindest personell gestreift wurde. Aber trotz aller begründeten Absagen von Spitzenpolitikern, die wir gerne bei uns begrüßt hätten, war die Veranstaltung wieder würdiger Höhepunkt unserer Jahresarbeit. Ich danke allen Mitgliedern, Freunden und Gästen, die teilgenommen haben. Ihnen allen und Ihren Familien wünsche ich ein gesegnetes Weihnachtsfest sowie Kraft, Mut und Erfolg für die Herausforderungen des neuen Jahres.

Ihr ANDREAS MÜLLER-ARMACK
Generalsekretär

Qualität in Stahl

Unsere Leistungen:

- » Stahlkonstruktionen inklusive Dach und Wand
- » Ausführung von Schlosserarbeiten
- » Reparaturservice im Metallbereich

Unsere Kunden (Auszug):

- » BMW » Meiller » Kellerer
- » Tenovis » Bosch u. v. m.

weber service
gmbh

Preußenstraße 6
80809 München
Telefon 089 357482-0
Telefax 089 357482-19
www.weber-service-gmbh.de

© WETTLICH

„Es hat uns seit 400 Jahren nicht mehr so gut gegangen“

Erfahrungen des Wirtschaftsbeirates bei einer Informationsreise nach Polen



„Unserer Region Malopolska hat es seit dem 16. Jahrhundert nicht mehr so gut ergangen wie jetzt in der EU“ – das ist ein Wort! Gesagt hat dies Zdobyslaw Milewski, der Vertreter des Marschalls der Woiwodschaft Malopolska, also Kleinpolen, die sich mit etwa 3,2 Millionen Einwohnern rund um Krakau erstreckt. Wie er denken viele Polen, auch in Breslau oder in Kattowitz.

Seien wir ganz ehrlich – Polen hat keinen guten Ruf. Schuld daran sind jene Kriminellen, die unmittelbar nach dem Fall des Eisernen Vorhanges über die Grenze gekommen sind in der Absicht, sich unerlaubt das zu holen, was sie über Jahrzehnte entbehren mussten. Aber das ist längst vorbei. Polen hat sich zu einem stabilen Wirtschaftspartner in der Europäischen Union gemauert – und hervorragend entwickelt.

Rudi Fellner vom Bezirk Passau ist nicht verlegen, wenn es darum geht, mit dem Wirtschaftsbeirat der Union auf Informationsfahrt zu gehen. Passau liegt unglaublich zentral – warum nach Besuchen in Wien (Österreich), Prag (Tschechien) und Laibach (Slowenien) nicht auch einmal nach Polen?

Den Auftakt allerdings bildet ein Besuch in der Universität Passau, wo Präsident Prof. Dr. Walter Schweitzer eine eindrucksvolle Übersicht gibt. Rund 8.500 Studenten – bald werden es noch mehr sein – über 150 Partnerschaften in aller Welt, ein hoher Anteil an ausländischen Studierenden, hohes Ansehen – die Uni Passau steht zum 30-jährigen Jubiläum der Gründung glänzend da. Am Abend geht es noch in den Keller der Heiliggeist Stiftsschänke, um sich für die Reise am anderen Tag zu stärken.

Wroclaw, das alte Breslau, ist das erste Ziel. Der Weg führt über Prag und Königgrätz. Anne-

liese Schmöller sorgt im Bus liebevoll um das leibliche Wohl, Gerd Brunner als Reisebegleiter berichtet von den Herrschern, den Städten, von den Kriegen. Polens Geschichte ist geprägt von Auseinandersetzungen und Eroberungen, Teilungen und Vertreibungen, von unendlichen Opfern im Zweiten Weltkrieg, von kommunistischer Unterdrückung und dem enormem Widerstandswillen der polnischen Bevölkerung – noch ist Polen nicht verloren, heißt es in der ersten Strophe der Nationalhymne.

Breslau, im Zweiten Weltkrieg wurde die Stadt zu rund 70 Prozent zerstört, weitgehend evakuiert. Die Polen haben sie wieder aufgebaut – großteils nach den alten Vorbildern. Heute ist Breslau mit über 630.000 Einwohnern die viertgrößte Stadt Polens, Hauptstadt der Woiwodschaft Niederschlesien, kreisfreie Stadt und Verwaltungssitz des Landkreises. Die Stadt ist auch Sitz eines römisch-katholischen Erzbischofs, eines evangelischen Diözesanbischofs, zahlreicher Hochschulen und Forschungsinstituten und verfügt über mehrere Theater und Museen, kurz gesagt, Breslau ist das kulturelle und wissenschaftliche Zentrum Niederschlesiens.

Die Wirtschaft floriert, die großen Firmen sind alle da, Ikea ebenso wie Lidl oder Carrefour. Die Firma Bosch beschäftigt ungefähr 1.000 Mitarbeiter am Rande der Stadt, Toyota hat hier eine Motorenfabrik errichtet. Auch Siemens und SAP Polska haben ein Werk in Breslau. Die GE Money Bank Deutschland, Österreich und Schweiz eröffnete ein gemeinsames deutschsprachiges Service-Center mit über 100 Angestellten für die jeweiligen Länder. Das koreanische Elektronikunternehmen LG Electronics hat bis 2007 rund 400 Millionen Euro in eine Fabrik zur Produktion von Fernsehern und Kühlschränken investiert und damit etwa 12.500 Arbeitsplätze geschaffen.

Die Altstadt von Breslau ist zauberhaft, auch wenn es unerwartet kühl ist und gerade leicht nieselt. Das Breslauer Rathaus gilt als eines der schönsten gotischen Gebäude Mitteleuropas. Im Krieg ist es wie ein Wunder fast unzerstört geblieben. Dahinter ein moderner Brunnen aus Glas, Licht und natürlich Wasser, die restaurierten Patrizierhäuser sind beleuchtet. Im Rathaus geleiten uns einige Stufen hinab in die „Piwnica Swidnica“, das bekannteste Lokal der Stadt, das seit 1273 besteht. Breslau hat Tradition.

Das bestätigt anderntags Rektor Prof. Dr. Marek Bojarski beim Besuch in der Breslauer Universität. Kaiser Leopold I von Österreich – dieser Teil Polens stand gerade unter der Herrschaft der Habsburger – gründete die Universität, die

im Ranking der besten polnischen Universitäten gleich hinter jener aus Warschau rangiert.

40.000 junge Menschen studieren hier, davon 15.000 an der juristischen Fakultät, der der Rektor vorsteht. Er berichtet von den Jesuiten im damals protestantischen Breslau und davon, dass vor allem Österreich und Preußen ihre Spuren hinterließen. Wie ein aufgeschlagenes Geschichtsbuch präsentiert sich in der Universität einer der größten und schönsten Barocksäle Polens, der bis in unsere Zeit erhalten geblieben ist, die Aula Leopoldina. Übrigens, der am längsten amtierende Rektor der Breslauer Universität war Franz Wenzl, im Jahre 1676 in Passau geboren und mit einem Porträt in der wunderschönen Aula verewigt.

Eine Stadtführung in einer Stunde – das geht fast nicht. Breslau ist zu vielfältig, hat zu viele Sehenswürdigkeiten, so dass der Stadtführer nur ein paar Themen anreißen kann. Immer wieder dringt durch, wie sehr die Polen in Jahrhunderten unter den Deutschen und Österreichern, mehr aber noch unter den Russen zu leiden hatten. Aber auch, wie sehr sich Polen nun danach sehnt, in Frieden in eine gemeinsame Zukunft zu gehen. Zum Abschluss des Rundganges geleitet uns der Stadtführer an ein Denkmal, unter dem groß in polnischer und in deutscher Sprache zu lesen steht: „...wir vergeben und bitten um Vergebung“. Ein schlichter Satz, eine große Geste der Versöhnung.

Die Autobahn von Breslau nach Kattowitz ist größtenteils völlig neu gebaut – mit Hilfe der EU. Der Verkehr steht dem auf einer deutschen Autobahn nicht nach – die Autos gleichen sich. Kaum fährt hier noch ein Polski Fiat oder ein Lada, dafür viele Audi und BMW, Mercedes und VW, daneben japanische Wagen und natürlich viele Lastzüge.

Am Stadtrand von Kattowitz geht gerade das neue Druckzentrum der Verlagsgruppe Passau der Fertigstellung entgegen. Die Verlagsgruppe Passau (vvp) ist mit „Polskapresse“ der drittgrößte Zeitungsverlag Polens, der neuerdings auch mit dem nationalen Titel „Polska“ auf sich aufmerksam macht. „Polskapresse“ beschäftigt mehr als 3.000 Mitarbeiter und über 800 polnische Journalisten, arbeitet daneben eng mit der britischen Zeitung „The Times“ zusammen. Kattowitz ist einer von sechs polnischen Druckstandorten, an dem allerdings nicht nur die Zeitungen der vvp, sondern auch Druckzeugnisse für viele andere Firmen hergestellt werden. Die großen MAN-Druckmaschinen in Kattowitz laufen bereits seit Dezember 2006 und spucken monatlich rund 35 Millionen Ex-

emplare an Druckerzeugnissen aus. Die Druckerei ist ein gefragter Arbeitgeber, auch wenn die Arbeitsbedingungen ungewöhnlich sind. Gearbeitet wird in zwei Schichten zu je zwölf Stunden an sieben Tagen in der Woche – nur an Weihnachten und Ostern ist eine kurze Pause. „Wir bezahlen fast 40 Prozent mehr als der durchschnittliche Stundenlohn in der Region ausmacht“, sagt der Druckereileiter stolz. Der durchschnittliche Stundenlohn in der Region beträgt (brutto) umgerechnet 6.- Euro.

Krakau. Die Stadt gilt als die heimliche Hauptstadt Polens, ist die eigentliche Wiege der polnischen Nation, ist eine der schönsten, wenn nicht die schönste Stadt Polens. Eine Vielzahl an Bauwerken der Gotik, der Renaissance, des Barock und späterer Epochen prägt das Bild der Stadt, die ab 1038 Hauptstadt von Polen war. Erst der polnische und zeitweise schwedische König sowie zeitweilige Zar von Russland, Sigismund III. Vasa, verlegt 1596 die Residenz nach Warschau. Die goldenen Zeiten für die Stadt und die Region sind damit vorbei.

Krakau hat eine wechselvolle, mehr als tausendjährige Geschichte. Immer wieder wurde die Stadt erobert, zerstört und wieder aufgebaut, wurde sie von fremden Mächten beherrscht. Heute ist Krakau eine alte, aber zugleich überaus junge und lebendige Stadt mit 780.000 Einwohnern. Daneben ist Krakau auch Hauptstadt der Woiwodschaft Malopolska. Als Sitz der zweitältesten Universität Mitteleuropas (gegründet 1364) entwickelte sich Krakau schon lange zu einem Industrie-, Wissenschafts- und Kulturzentrum. Hier haben zahlreiche ausländische Unternehmen investiert wie zum Beispiel HVB, Deutsche Bank, Allianz SE, Volvo, Phillip Morris, Tishman Speyer oder Motorola. Ebenso haben sich ausländische Handelsketten wie Metro, Tesco, Carrefour oder Ikea in der Stadt niedergelassen. Das deutsche Unternehmen ECE Projektmanagement errichtete Ende 2006 eine Einkaufsgalerie inklusive Hotel mit fast 250 Geschäften auf 60.000 Quadratmeter auf dem Bahnhofsvorplatz.

Vom Turm der Marienkirche, deren größte Sehenswürdigkeit der geschnitzte Altar von Veit Stoß ist, ertönt stündlich ein Trompetensignal, das mitten im Ton abbricht. Es erinnert an jenen Trompeter, der vor rund 600 Jahren vor einem Angriff der Tartaren warnen wollte und von einem Pfeil in den Hals getroffen wurde. Krakau pflegt seine Geschichte, Krakau lebt seine Geschichte. Auch bei kühler Witterung ist der „Rynek Glowny“, der Ringplatz mit den bekannten Tuchhallen, belebt. Auffallend die vielen jungen Menschen, doch Krakau hat neben den beiden Universitäten weitere elf Hochschulen mit insgesamt rund 230.000 Studenten. Bildung, das haben die jungen Polen längst erkannt, ist der Rohstoff der Zukunft, ist das wichtigste Gut, das sie gewinnen können.

„Unserer Region Malopolska hat es seit dem 16. Jahrhundert nicht mehr so gut ergangen wie jetzt in der EU“, sagt anderntags der Vertreter des Marschalls der Woiwodschaft Malopolska (Klempolen). Die Region hat rund 3,3 Millionen Einwohner mit 293 000 registrierten Firmen, ständig wird neu investiert. 7,4 Prozent des polnischen Bruttoinlandsprodukts werden in der Region Klempolen erwirtschaftet, 7,2 Prozent der Staatsausgaben für Wissenschaft und Forschung erfolgen in dieser Region und etwa 10 Prozent aller polnischen Studenten studieren in Krakau. Nur die Universität in Warschau ist größer.

Die Wirtschaft floriert. Der Export verfünffachte sich seit dem Jahre 2000 und liegt bei mehr als 6.000 Millionen Euro, der Import mit knapp 5.000 Millionen Euro hat sich knapp verdreifacht. Mehr als 25 Prozent des Exports gehen nach Deutschland, gefolgt von 7,1 Prozent nach Großbritannien. Die Zahl der ausländischen Investitionen hat sich seit 2000 auf 1 321 Millionen US-Dollar verdoppelt. Und auch der Tourismus boomt. 11,3 Millionen Touristen besuchten diese Region im Jahre 2007, darunter rund 3 Millionen Ausländer, davon mehr als 15 Prozent Deutsche, gefolgt von 9,7 Prozent Amerikanern. Es gibt noch viele Zahlen und Daten und Lob im Gästehaus des Marschallamtes: „Die deutschen Firmen waren bisher die besten Investoren“ heißt es und immer wieder: „Die Deutschen sind uns sehr willkommen“. Sandra von Truschinsky, stellvertretende Geschäftsführerin des Wirtschaftsbeirates, hat Gastgeschenke mitgebracht, darunter Anstecknadeln des Freistaates Bayern. „Wir haben eine Partnerschaft mit Thüringen“ sagt das Team im Marschallamt – und steckt stolz die Bayernnadel an.

Wer nicht im Wawel, in der Krakauer Königsburg war, war auch nicht in Krakau. Matylda Ceklarz ist nicht nur eine versierte Führerin, sondern sie kann auch Unangenehmes diskret umschreiben. Sie spricht von den „nicht eingeladenen Gästen“ in der Königsburg und meint damit die vielen ausländischen Eroberer, darunter zuletzt SS-Gouverneur Frank, der 1939 den Wawel zum Sitz der Nationalsozialisten erwählte. Und die Russen, die Kommunisten? Matylda macht eine verächtliche Handbewegung und meint kurz: „Die Russen? Darüber wollen wir nicht einmal reden“.

Der kalte Wind treibt die Besucher in die zahlreichen Kneipen und Keller rund um den Rynek Glowny, den großen Marktplatz. Wir aber bummeln hinunter nach Kazimierz, das ehemalige jüdische Ghetto, in dem sich langsam wieder jüdisches Leben regt. Statt 70.000 Krakauer Juden, die einst hier lebten und von den Nationalsozialisten umgebracht wurden, sind es inzwischen etwa 200, die wieder in Kazimierz leben. Im „Ariel“ erklingt Klezmer-Musik, jü-

dische Musik, getragen von Schwermut und Fröhlichkeit, von Trauer und Lebensfreude zugleich. Jiddisch spricht hier kaum noch jemand, Englisch ist die Konversationssprache. Die Gäste kommen überwiegend aus USA und Deutschland, sie lassen sich musikalisch zurücktragen in eine Zeit, die vorbei ist, die nie wieder kommt. Das Gestern ist längst Geschichte, eine neue Zeit ist angebrochen, eine Zeit des Aufbruchs, eine Zeit der Weltoffenheit. „Wir sind ein Stück Europa“ hat irgendwer im Marschallamt gesagt, „wir bauen mit am neuen Europa“.

Polen ist längst in Europa angekommen, darüber sind sich alle Reisenden des Wirtschaftsbeirates einig. Auch wenn noch viel zu tun ist, draußen in den Dörfern, abseits der Zentren. Die Aufbruchstimmung ist unübersehbar, und spürbar die Freude, nicht mehr abgeschottet und isoliert zu sein, sondern wieder mitten drin. Mitten drin in Europa, aber nun unter ganz anderen Voraussetzungen als in den Jahrzehnten und Jahrhunderten zuvor.

Gut, dass der Bezirk Passau des Wirtschaftsbeirates diese Reise unternommen hat, gut, dass wir mit offenen Augen und Ohren gereist sind, gut, dass wir viele, sehr viele Informationen bekommen haben. Polen, so ist uns deutlich geworden, ist mehr als nur Nachbar, Polen ist längst Partner, ist ein Stück unseres gemeinsamen Europas.

GERD BRUNNER

Mitglied im Wirtschaftsbeirat Bayern

Terminvorschau

München 27. Januar	Bezirk München
München 2. Februar	Ausschuss für Verkehrspolitik
Bad Kissingen 12. Februar	Bezirk Rhön/ Saale
München 10. März	Ausschuss für Medien
München 17. März	Ausschuss für Umweltpolitik
München 20. März	Ausschuss für Tourismus

Impressum

HERAUSGEBER: Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München
Tel. 089 2422860, Fax: 089 291518
PRODUKTION/ANZEIGEN: Weltbuch Verlag
verlag@weltbuch.com, www.weltbuch.com
Mediadaten für Ihre Anzeige unter:
www.wbu.de, Rubrik Mitglieder